Nummer 211 — Halle, Mittwoch, den 9. September 1925 — 60. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 1.60 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 40 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark. Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besonders Ermäßigung. Verlagshaus: Neue Promenade 1a u. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der Reichspräsident v. Hindenburg wird am 17. September die seit längerem vorgesehene Reise in das besetzte Gebiet antreten und zunächst Bochum besuchen.

*

General von Seeckt traf in Marienwerder ein, um dem letzten Abschnitt der Herbstmanöver der ersten Division beizuwohnen.

*

Nach Meldungen aus Königsberg ist am Sonnabend bei Stuhm eine neue Grenzverletzung durch polnisches Train erfolgt. Die Polen gegen sich erst nach einer halben Stunde aus der Grenzzone zurück.

*

Ein tschechisches Militärflugzeug-Geschwader wird in Berlin erwartet, das auf dem Flug nach Dänemark eine Zwischenlandung vornehmen will. Die tschechische Regierung hat um die Erlaubnis zum Ueberfliegen deutschen Gebietes und zu einer Zwischenlandung gebeten. Die Genehmigung ist aus im deutschen Interesse liegenden Gründen erteilt worden.

*

Die polnische Handelsbilanz weist entgegen der festen Voraussage der polnischen Regierung für Juli wiederum einen starken Fehlbetrag und zwar von 86 Millionen Zloty bei nur 87 Millionen Gesamtausfuhr auf. Die Folgen des polnischen Zollkriegs gegen Deutschland zeigen sich also im schlimmsten Maße.

*

Das gestern vom Verband der Nordschleswiger und der Ortsgruppe Kiel auf dem Knivsberge bei Apenrade veranstaltete Fest nahm unter starker Beteiligung des Deutschtums in Nordschleswig und Schleswig-Holstein einen durchaus würdigen Verlauf ohne daß es zu irgendwelchen Kundgebungen gegen Dänemark kam wie von dänischer Seite befürchtet worden war. Von dem Knivsberge wehte die deutsche Reichsflagge. Insgesamt hatten sich 3000 Teilnehmer eingefunden.

*

Der preußische Minister des Innern hat im Kampf um die Preissenkung die Polizeibehörden mit der strengeren Kontrolle der Anpassung der Kleinverkaufspreise an die Notierungen des Großmarktes beauftragt. Bei der Staatsanwaltschaft Berlin sind am Sonnabend die ersten Verfahren wegen Leistungswucher gegen zwei Kaufhäuser des Berliner Westens eingeleitet worden.

*

Der Präsident des Thüringischen Landtages hat den von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion eingebrachten Antrag auf sofortige Zusammenberufung des Landtages abgelehnt.

*

Der Hypothekengläubiger- und Sparschutzverband beriet gestern in Weimar über die Vorbereitung eines Volksbegehrens. Eine baldige Fertigstellung der entsprechenden Gesetzentwürfe soll in Aussicht stehen. Für die zur Durchführung des Volksbegehrens erforderlichen Verhandlungen wurde eine Kommission eingesetzt.

*

Das französische Kriegsgericht der 6. Region verurteilte den ehemaligen deutschen Generalmajor v. Etzel, Kommandeur der 23. Kavalleriebrigade in Abwesenheit zum Tode. — Alles im Augenblick der vielgerühmten „Völkerversöhnung"! Sie gehen sich wirklich Mühe, die Franzosen, ihre Worte durch Taten zu widerlegen.

*

Die streikenden Pariser Bankbeamten haben eine Versammlung abgehalten, auf der die Einstellung des Streiks beschlossen wurde; jedoch wurde erklärt, daß im Falle der Entlassung der Streikteilnehmer ein neuer Solidaritätsstreik unternommen werden müßte.

*

Aus Syrien laufen weiterhin widersprechende Nachrichten ein. So wird die englische Meldung einer Eroberung Sueidas durch die Drusen von den Franzosen ganz energisch dementiert. Das Interessante an den Widersprüchen ist, daß es immer die Engländer sind, die Ungünstiges melden, ein Beweis für die starken Gegensätze zwischen England und Frankreich.

*

Die kommunistische Pariser „Humanite" veröffentlicht einen Privatbrief von der spanischen Front, wonach Tetuan von den Spaniern geräumt ist.

*

Der indische „Reformausschuß" der gesetzgebenden Versammlung stellt an die indische Regierung eine Reihe sehr weitgehender Forderungen, die auf Verleihung der Autonomie hinauslaufen, unter anderem Nationalisierung des Heeres und Selbständigkeit der Finanzverwaltung.

*

Die Note der Mächte an China wird laut Londoner „Daily Mail" von den Chinesen durchaus ungünstig beurteilt. Man wirft den Amerikanern, die sich bisher großer Sympathien erfreuten, vor, daß sie China an die übrigen Mächte verraten, statt für seine Rechte einzutreten.

In Schanghai ist es zu neuen fremdenfeindlichen Unruhen gekommen, bei denen die Polizei wiederum auf die Menge schoß.

Painlevé bläst die Friedensschalmei.

Erst Sicherheit dann Abrüstung!

Seit Donnerstag voriger Woche ist der Völkerbundsrat in Genf versammelt. Gestern ist nunmehr die Vollversammlung des Völkerbundes eröffnet. Also wieder einmal Großbetrieb in Genf, über den unser Wiener Berichterstatter folgendes Stimmungsbildchen auf Grund persönlichen Eindruckes schickt:

Hochsaison in Genf.

Ein strahlendblauer Himmel spannt sich über Genf. Ununterbrochen schleppen Automobile Kofferberge vom Bahnhof, von den ungezählten Kollis eines märchenumworbenen Maharadscha bis zu den bescheidenen Stücken der Staatsgäste dritten, vierten und gar keines Ranges. Alle großen Hotels sind überfüllt, die Badezimmer werden ihrer Bestimmung untreu und verwandeln sich in „Appartements", für die man Preise verlangt, die gar nicht „preiser" sein können. Große Saison in Genf. Jetzt oder nie wird der Schnitt gemacht. Und er wird gemacht. Dafür sorgt die traditionelle Tüchtigkeit der Ausschweizer, der Hoteliers.

Wieder tritt der Völkerbund in Genf zusammen, um diesmal drei besonders wichtige Fragen zu lösen oder wenigstens der Lösung näher zu bringen: Mossul, Oesterreich und die Minoritätenfrage. Daneben gibt es noch eine Reihe anderer Geschäftsstücke in der Arbeitsmappe des Völkerbundes, aber die drei genannten Fragen stehen in erster Linie die Aufmerksamkeit auf sich. Ueber die Mossulfrage wird in Geheimsitzungen des Völkerbundes beraten. Großbritannien und die Türkei haben ihre maßgebenden Männer nach Genf dirigiert, um vor dem Völkerbunde die beiderseitigen Interessen zu vertreten. Es wird einen harten Kampf geben und die türkischen Delegierten erklären jedem der es hören will, daß ihr Standpunkt unerschütterlich sei.

Painlevés große Rede.

Die vierte Versammlung des Völkerbundes wurde gestern vormittag 11 Uhr von dem französischen Ministerpräsidenten Painlevé in seiner Eigenschaft als derzeitiger Vorsitzender des Völkerbundsrates mit einer feierlichen Begrüßungsansprache eröffnet.

Der Reformationssaal, in dem jährlich die Völkerbundsversammlung zusammentritt, war auf allen Tribünen überfüllt. Die außerordentlich zahlreiche Zuhörerschaft folgte den mit großer Feierlichkeit vorgetragenen Ausführungen Painlevés mit großer Spannung und spendete seinen Darlegungen wiederholt lebhaften Beifall, der am Schluß in eine gewaltige Ovation für Frankreich ausklang.

Painlevé wandte sich nach den Begrüßungsworten zunächst gegen den Pessimismus in der Welt, der zu dem Völkerbund kein Vertrauen habe und rühmte, was der Völkerbund schon alles geleistet habe für den Wiederaufbau Oesterreichs und Ungarns, für die Regelung der Danzig-Polnischen Beziehungen, zur friedlichen Beilegung von Konflikten im Balkan und Orient. Painlevé fuhr fort: „Aber alle diese Fragen, so bedeutend sie auch in ihren Rückwirkungen auf die ganze Welt seien, treten gegenüber dem Hauptproblem, dem Problem der Sicherheit, vollständig in den Hintergrund.

Das Verlangen nach einem Frieden, der auf Gerechtigkeit begründet ist,

nach einer Welt, in der die Gewalt nicht mehr herrschen würde, hat den Völkerbundspakt und insbesondere dessen wesentlichen Teil zustande gebracht, der in den Artikeln 14 15 und 16 niedergelegt ist. Um aber diese Artikel den verschiedenen Möglichkeiten anzupassen und die allgemeinen Bedingungen in ihren Einzelheiten festzulegen, um ihnen ihre ganze Wirksamkeit zu verleihen, sind ergänzende Konventionen unentbehrlich.

Painlevé erinnerte dann an die große Rede Herriots auf der letzten Völkerbundsversammlung, durch die der englische und der französische Standpunkt einander sichtlich näher gebracht worden seien und die zu den drei fundamentalen Begriffen geführt habe, von denen jeder für sich, wie auch ihre Ordnung selbst, obligatorisch seien, nämlich Schiedsverfahren, Sicherheit und Abrüstung.

Die allgemeine Abrüstung.

Hinsichtlich der Abrüstung betonte Painlevé, daß das Sicherheitsproblem vor der Abrüstung geregelt werden müsse. Jede Umkehrung dieser Reihenfolge würde große Gefahren für den Frieden mit sich bringen.

Auf einen Hinweis darauf, daß das Protokoll über die internationale Kontrolle des Waffenhandels bereits vor 29 Tagen unterzeichnet wurde, gab Painlevé die Anregung, daß die diesjährige Völkerbundsversammlung den Entschluß der letzjährigen Versammlung erneuern und den Völkerbundsrat zur Vorbereitung einer Konferenz für die Einschränkung der Rüstungen auffordern möge, sobald nach Auffassung des Rates genügende Garantien für die Sicherheit vorhanden seien. Painlevé gab sodann die feierliche Erklärung ab, daß der Völkerbund auf die unbedingte und vorbehaltlose Mitarbeit Frankreichs rechnen könne. Frankreich bleibe dem Geiste des Völkerbundes treu und verwerfe mit Entschiedenheit jede Anwendung von Gewalt.

Painlevé sprach zum Schluß seiner Rede den Gedanken aus, daß der Völkerbund und Amerika bereits heute zur Zusammenarbeit zum Wohle der Menschheit berufen seien.

Ein Franzosenfreund Präsident des Völkerbundes.

In der Nachmittagssitzung des Völkerbundes wurde der Vertreter Kanadas, Senator Dandurand, mit 41 von 47 Stimmen zum Präsidenten des Völkerbundes gewählt. Heute erfolgt die Neuwahl der 12 Vizepräsidenten.

Ferner wurden sechs große Kommissionen eingesetzt. Es sind dieses: 1. Die juristische Kommission, 2. die Kommission für technische Fragen, 3. die Abrüstungskommission, 4. die Budgetkommission, 5. die Kommission für soziale Fragen, 6. die Kommission für politische Fragen.

Der Senator Dandurand ist Rechtsanwalt von Beruf und Präsident einer kanadischen Großbank. Wie schon sein Name sagt, ist er französischen Blutes, er ist Zuhörer verschiedener hoher französischer Kriegsorden.

*

Zu Painlevés schönen Worten nur eine kurze Bemerkung: Der Kern der Ausführungen ist, daß „das Sicherheitsproblem vor der Abrüstung geregelt werden müsse. Jede Umkehrung dieser Reihenfolge würde große Gefahren für den Frieden bringen". Dieser letzte Satz hebt das ganze Friedensgerede Frankreichs wieder auf. Denn von wem sollen „die großen Gefahren für den Frieden" kommen? Von dem entwaffneten Deutschland? Ganz bestimmt nicht. Sondern diese Worte sind eine klare Drohung Frankreichs: „Wenn Deutschland sich nicht erst nochmals und stärker als vorher die Hände gebunden hat, dann behalten wir uns die Freiheit zu militärischem Eingreifen vor!"

Warum, wenn Frankreich friedenswillig ist, nicht gleichzeitig Völkerbundseintritt, Sicherheitspakt und Abrüstung? Wozu die Abrüstung auf später verschieben und also die Bedrohung der deutschen Sicherheit und alle Kriegsgefahren auf dem europäischen Kontinent und in der ganzen Welt fortbestehen lassen?

Frankreich will nicht abrüsten und kein französischer Minister kann die Abrüstung durchsetzen. An dieser Tatsache ändern alle schönen Worte nichts. Wir wollen Taten sehen, dann erst glauben wir an Frankreichs guten Willen.

Die Ministerkonferenz.

Teilnahme Dr. Luthers und Schieles?

Montag früh ist der erste amtliche Bericht des Ministerialdirektors Dr. Gaus aus London in Berlin eingetroffen. Sein Inhalt wird vorläufig nicht bekanntgegeben. Dr. Gaus wird seinen vollständigen Bericht persönlich dem Kabinettsrat unterbreiten, dessen Einberufung unmittelbar bevorsteht.

Die Londoner „Morningpost" meldet, daß das Ergebnis der Juristenkonferenz die Uebereinstimmung in der Form der weiteren Verhandlungen ist, außer nicht hinsichtlich der konkreten Paktvorschläge. Alles hänge von der Entscheidung des Reichskabinetts ab, doch sei mit einer Außenministerkonferenz sicher zu rechnen.

Briand zu den deutschen Sozialdemokraten.

Inzwischen hat Briand dem Vertreter einer Berliner sozialistischen Korrespondenz eine Unterredung gewährt und folgende schöne Worte gesagt:

„Sagen Sie, daß ich meine Karten offen auf den Tisch legen werde, daß ich den Frieden zwischen Deutschland und Frankreich will. Wir müssen eine endgültige Lösung für unsere Länder finden oder wir gehen alle zugrunde." Wenn der Sicherheitspakt abgeschlossen sei, werde man sich auch über die Frage der Abrüstung und der Räumung der besetzten Gebiete einigen. Die Anwesenheit des Reichskanzlers Dr. Luther auf der Konferenz werde ihrer Arbeit einen besonderen Impuls geben. Zum Schluß betonte Briand, daß er den Frieden zwischen Deutschland und Frankreich wolle. Seine ganze Politik gelte nur diesem einen Zweck.

Sehr schön, wirklich sehr schön — geredet! Interessant ist, daß Briand schon damit rechnet, daß der deutsche Außenminister nicht allein kommt. Das wird durch Ausführungen der dem Außenminister besonders nahestehenden „Täglichen Rundschau" bestätigt, dort wird u. a. ausgeführt (sicher im Einverständnis mit Dr. Stresemann):

„Wir würden es daher begrüßen, wenn die Einladung der alliierten Minister nicht nur an den deutschen Außenminister, sondern auch noch an einen oder an zwei andere Mitglieder des Kabinetts, vielleicht den Reichskanzler Dr. Luther und den Reichsinnenminister Schiele, gerichtet würde"

Die neue Revolutionswelle

Als dieser Tage auf Moskauer Weisung Ruth Fischer, Maslow und andere Führer des radikalen Kommunismus aus der kommunistischen Parteileitung ausschieden, ertönte in der sozialistischen Presse ein Jubelgeschrei über den „Bankerott der K. P. D." Richtig ist, daß die von Rußland anbefohlene gemäßigtere Politik zu gewissen Widerständen und Gegensätzen in der Kommunistischen Partei geführt hat und vielleicht weiter noch führt. Ein Zeichen dafür: die Berlin-Brandenburger Bezirksleitung der K. P. D. hat an den gemaßregelten Maslow ein Telegramm gerichtet, in dem sie ihm bedingungslose Anhänglichkeit gelobt. Dieses Telegramm nimmt zwar den jetzigen Leipziger Prozeß gegen Maslow und Genossen zum äußeren Anlaß, aber es liegt darin unverkennbar ein Protest gegen die Moskauer Befehle.

Trotzdem ist der Jubel der Sozialdemokratie verfrüht. Die Kommunisten haben vielleicht gar nicht unrecht, wenn sie ihn als unecht verspotten. Denn nach der bisherigen Stellung der deutschen Kommunistenpartei zu den Russen ist es nahezu ausgeschlossen, daß eine Selbständigmachung gegenüber Rußland erfolgt. Einzelne mögen murren, aber die Gesamtheit gehorcht wie bisher dem Moskauer Gebot. Gerade die Sozialdemokratie hat beim zweiten Reichspräsidentenwahlgang bewiesen, wie unselbständig, wie abhängig von der Parteileitung die linksorganisierte Masse ist: die Führer befahlen Stimmabgabe für den Zentrumskandidaten Marx, und die Masse gehorchte.

Genau so wird es bei den Kommunisten gehen. Die Masse wird auf den Moskauer Befehl gehorsamst einschwenken und an eine ernste Spaltungsgefahr, vollends an einen „Bankerott der K. P. D." als Folge der Spaltung ist kaum zu denken.

Der Jubel der Sozialdemokraten könnte sich sogar in bittere Enttäuschung verwandeln, denn die neue russische Politik ist verteufelt gescheit: Die aus dem Dawesplan der deutschen Kapitalnot und der Weltwirtschaftskrise unvermeidlich folgende zunehmende Verschärfung der Not im Innern treibt zu immer weiterer Radikalisierung der Klassenkampfanhänger. Parteipolitisch gesprochen: zu einem Sieg des radikalen Flügels der Sozialdemokraten (z. B. sächsischer Richtung) über die Gemäßigten. Die Kommunisten andererseits dämpfen ihren Radikalismus: die Masse der Kommunisten und Sozialisten kommt sich so gegenseitig entgegen und eine Verständigung, ein Zusammenschluß wird nahegerückt wie kaum je. Das ist auch der ganz offen ausgesprochene Zweck der kommunistischen Mäßigung. Wird er aber erreicht — auf dem Umweg über die Gewerkschaften — so siegt in dem neuen Gebilde selbstverständlich der Kommunismus, weil er ja sowieso der eigentliche, konsequente Marxismus ist, weil er die energischeren Führer und den starken ausländischen Rückhalt hat, während die deutschen Sozialisten trotz aller schöner Reden über internationale Solidarität isoliert sind, von ihren französischen und sonstigen Genossen im entscheidenden Augenblick immer im Stich gelassen werden, und weil ihre Führer, auch die des linken Flügels, verbraucht sind.

Wenn also die kommende Wirtschaftsnot nicht gebannt werden kann, ist trotz der augenblicklichen Abneigung unserer sozialistischen Massen gegen den Kommunismus ein starkes Anwachsen des Kommunismus auf Kosten der Sozialdemokraten durchaus wahrscheinlich.

Es droht aber auch noch von anderer Seite eine Zunahme des Kommunismus: Wenn der bisher demokratische und pazifistische General von Schönaich, der im Reichsbanner eine große Rolle spielt, gleichzeitig mit der Arbeiterdelegation in Sowjetrußland war und jetzt in Berlin erklärte, daß er ein Freund der Russen geworden sei, — also sich zum Mindesten innerlich zum Kommunismus bekehrt habe — so ist das ein sehr ernstes Zeichen. Denn einem ehemaligen General, so pazifistisch er auch geworden sein mag, kann natürlich nicht verborgen geblieben sein, daß Rußland ein durch und durch unpazifistisches und ganz militärisches Land ist. v. Schönaich schwenkt also vom Pazifismus wieder zu seiner früheren Militärgesinnung zurück und wird sehr leicht unzählige Reichsbannerleute, die ja sowieso ganz militärisch organisiert sind, mit sich herüberziehen: zu Militarismus und Kommunismus.

Aber v. Schönaich wird mit seinen Reichsbannerleuten nicht allein bleiben. Zahlreiche Deutschvölkische trennt in ihren wirtschaftlichen Ansichten nicht soviel vom Kommunismus wie man oft glaubt. Kommt die Not hinzu, so wird eine weitere Annäherung der Wirtschaftsideen möglich. Wenn dann die Sowjetrussen auch noch die internationale Maske fallen, ihre eigentliche Grundanschauung, nämlich einen ganz radikalen russischen Nationalismus, mehr hervortreten lassen und auch den Deutschen, um ihnen entgegenzukommen, neben der internationalen Phrase in der Praxis ein gut Stück Nationalismus zubilligen — so kann auch aus völkischem Lager ein starker Zuwachs zum Kommunismus kommen und es wäre schließlich sogar nicht undenkbar, daß auch noch andere Führer im Weltkrieg dem Beispiel des Generals v. Schönaich folgten.

Noch ist es nicht so weit. Aber wenn die Not weiterfliegt, und die Russen ihre geschickte Taktik des Entgegenkommens dann nicht nur dem deutschen Sozialismus, sondern auch dem deutschen Nationalbolschewismus gegenüber beibehalten, dann können wir zu der Zeit, in der erfahrungsgemäß der Kommunismus bei uns loszuschlagen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250909016/fragment/page=0001

pflegt, im Frühjahr, sehr schlimme Ueberraschungen erleben.

Besonders ernst wird die Lage durch die augenblickliche parlamentarische Situation: das Zentrum, von dem die Fortdauer der Regierung Luther abhängt, ist durch die Aktion des Reichskanzlers a. D. Wirth der Spaltungsgefahr ausgesetzt; ein Teil des Zentrums könnte sehr wohl nach links gehen. Die Demokraten und Sozialisten treiben rücksichtsloseste Volksverhetzung, um zunächst in den Provinziallandtags- und Kreistagswahlen des 25. Oktober und ev. in neuen preußischen Landtagswahlen die verlorene oder bedrohte Machtstellung wiederzugewinnen. Ihr Gedanke ist, über die Kreise und Provinzen das Kernland des Reiches, Preußen und von Preußen aus dann das Reich in ihre Gewalt zu bekommen. Auch im Reich ist aber durchaus nicht ausgemacht, ob in der Frage des Sicherheitspaktes und Völkerbundes der Reichstag das tut, was richtig und vernünftig ist, nämlich von dem zur Verfeindung mit dem Osten führenden Völkerbund weit fort zu bleiben, oder ob er sich nicht aus innerpolitischen Gründen für das Verkehrte, für den Völkerbund entscheidet und damit den Sturz der Regierung Luther und eine Linksregierung herbeiführt.

Ist aber erst auch im Reich eine Linksregierung da und trifft sie mit einem starken Anwachsen der Not und des Kommunismus zusammen, dann wird sie bis zum Frühjahr 1926 selbst so radikal, daß ein kommunistischer Gewaltstreich günstigere Vorbedingungen hätte als je.

Daraus ergibt sich für jeden, der vom Kommunismus nicht das Heil erwartet, daß er alles, was in seiner Kraft steht, daransetzen müßte, um zunächst wenigstens die Regierung Luther, das einzige Bollwerk gegen die rote Flut, zu festigen. Wenn sie vernünftig und weitblickend wären, müßten das sogar die Demokraten und Sozialisten tun, die ja infolge Zerbrechens des Reichsbannerbeiches zu allererst weggeschwemmt würden, wenn die Flut kommt.

Dr. Elze.

Bankett der Akademie der Sowjetunion.

Gestern abend gab die Akademie der Sowjetunion in Petersburg ein Bankett für die ausländischen und inländischen Gäste.

Der deutsche Botschafter Graf Brockdorf-Rantzau beglückwünschte die Akademie im Namen der Regierung. Er betonte, nicht die Gefühle von Haß und Liebe seien ausschlaggebend für die Beziehungen beider Völker, sondern Verstand und Geist. Auch die Liebe sei unzureichend. Es bestehe ein großes Verdienst der deutschen Wissenschaft für die Beziehungen beider Völker und ihrer Akademien. Er erinnerte an Euler, Leibniz und andere. Die geistigen Beziehungen zwischen Deutschland und der Union würden zum Glücke aller Völker beitragen.

Die deutschen Gelehrten Planck und Götz erklärten, nichts könne die jahrtausendalten Beziehungen beider Völker vernichten. Götz schloß seine Rede auf russisch, indem er ausführte, während der letzten für beide Völker harten 10 Jahre habe die Wissenschaft hier ausgeharrt und arbeite jetzt an der großen Aufgabe der Vereinigung der sozial und politisch zersplitterten Völker.

Mit dem Bajonett gegen Deutsch-Böhmen.

Bei der in Teplitz-Schönau von den deutschbürgerlichen Parteien und der deutsch-nationalsozialistischen Arbeiterpartei einberufenen Protestversammlung gegen die Drangsalierung der deutschen Bevölkerung, die Drosselung der deutschen Schulen, sowie die Gewaltakte des Staatlichen Bodenamtes in Marienbad ging ein großes Gendarmerieaufgebot mit gefälltem Bajonett gegen den deutschen Demonstrationszug vor und teilte ihn in zwei Teile. Eine zweite Gendarmerieabteilung verwehrte dem Umzug das Vordringen zur Bezirkshauptmannschaft. Der Versammelten bmächtigte sich eine starke Erregung.

Als es der Masse gelang, den Kordon zu durchbrechen, wurde die Lage äußerst kritisch. Die Gendarmerie ging nochmals mit gefälltem Bajonett vor und drängte die Deutschen zurück. Erst nach Intervention des Abgeordneten Knirsch wurde die Gendarmerie zurückgezogen. Ein Mann, der den Manifestanten zurief: Geht doch auseinander, damit nicht unnötig deutsches Blut vergossen wird!, wurde verhaftet und dem Gericht eingeliefert.

— Da reden sie in Genf schöne Worte über Verbrüderung. Halten wir uns lieber an die Taten!

Eine polnischer Deutschenhetzer preußischer Amtsvorsteher!

Die deutschnationale Landtagsfraktion hat folgende kleine Anfrage eingebracht: Am 28. März 1925 ist der berüchtigte Polenführer Kasimir von Donimirski vom Kreistag in Stuhm mit Hilfe des Zentrums und der Sozialdemokraten als Amtsvorsteher für den Amtsbezirk Kolsions vorgeschlagen worden. Von Donimirski ist Vorsitzender des Polnischen Landwirtschaftlichen Vereins, des Polnischen Arbeitgeberverbandes und des polnischen Volksrats im Kreise Stuhm. Er ist zweiter Präses des Polenbundes Pestlin. Seine Gattin ist Dirigentin des polnischen Gesangvereins und Vorsitzende des Polnischen Frauenvereins in Pestlin. Der Herr Oberpräsident von Ostpreußen, dem diese Tatsachen sowie die großpolnische Agitation des von Donimirski bekannt sein müßen, hat denselben trotz alledem als Amtsvorsteher eines preußischen Amtsbezirkes ernannt und bestätigt. Angesichts der von Polen ausgewiesenen Tausende deutscher Optanten fragen wir:

Erstens, was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um diese Provokation der deutschen und insonderheit der westpreußischen Bevölkerung rückgängig zu machen. Zweitens, welche Maßnahmen gedenkt das Staatsministerium zu treffen, um in Zukunft derartige, das deutsche Volksempfinden aufs tiefste verletzende und dem Ausland gegenüber tief beschämende Ernennung zu verhindern?

Eine weitere deutschnationale Anfrage beschäftigt sich mit einem polnischen Ueberfall anläßlich eines Kinderfestes in Honigfelde, bei dem mehrere Deutsche schwer verletzt wurden.

Danzig verlangt sein Recht.

Eine Note an den Völkerbund.

Die Regierung der freien Stadt Danzig hat eine Note an den Völkerbundsrat in der Angelegenheit des polnischen Postdienstes im Hafen von Danzig gerichtet, in der sie beantragt, der Rat des Völkerbundes möge in Abweichung von dem durch den Ausschuß der Sachverständigen erstatteten Bericht entscheiden:

a) als Hafen von Danzig im Sinne des Artikels 29 des Pariser Vertrages vom 9. Novbr. 1920 ist das Verwaltungsgebiet anzusehen, innerhalb dessen der Ausschuß für den Hafen und die Wasserwege die Verwaltung des Hafens von Danzig zu führen hat.

b) innerhalb dieses Hafenverwaltungsgebietes sind diejenigen Teile durch räumliche Abgrenzung auszuwählen, innerhalb deren wirkliche postalische Interessen für den Verkehr mit Polen vorhanden sind.

c) zu regeln ist die Kontrolle der Einhaltung der Grenzen des polnischen Postdienstes sowie die Fragen der Wahrung, der Sprache der Anwendung der Danziger Gesetze, der Steuerpflicht, der polnischen Postverwaltung und der Anstellung Danziger Staatsangehöriger.

— Die Behandlung der polnischen Rechtsansprüche mag uns ein Zeichen sein, wie die Entente uns im Völkerbund behandeln würde.

10 Pfennig je Kopf für den Zeppelinbau!

In einer Unterredung mit einem Pressevertreter erklärte Dr. Eckener u. a.:

Mindestens 4 bis 5 Millionen sind notwendig, um die Werft und ihr geschultes Personal zu erhalten. Die Gefahr ist akut, daß unsere besten Ingenieure und Mechaniker fortgehen. Der Untergang der Shenandoah hat wieder bewiesen, wie sehr das Luftschiff noch immer geistiges Eigentum Deutschlands ist. Ich selbst bin bei sehr schwerem Wetter gefahren, aber es ist mir doch immer gelungen, das Schiff in der Hand zu behalten, und ich gebe Ihnen hier die Versicherung, unter deutscher Führung und mit deutschem, geschultem Personal wäre das Unglück nicht passiert. Deutschland hat also in der Luftschiffahrt noch eine Aufgabe zu erfüllen. Dazu muß uns das deutsche Volk die Mittel geben. Wir wollen der ganzen Welt zeigen, daß das ganze deutsche Volk den Willen hat, die Luftschiffahrt von den törichten Fesseln der Begriffsbestimmung zu befreien und der Welt eine kulturelle Idee von einer derartigen Bedeutung zu erhalten.

Wenn jeder Deutsche nur 10 Pf. gibt, sind wir über den Berg.

Eins muß jeder im Auge haben: Nicht der Polarflug, der gewiß ernster Forschung dienen soll, ist die Hauptsache, sondern die Erhaltung und Fortführung eines Werkes, das die Völker untereinander verbindet und damit dem wahrhaften neuen Frieden dienen soll.

Gegen die Beschränkung der deutschen Luftfahrt.

Bei einem aus Anlaß des Befreiungsflugtages in Gelsenkirchen von den Städten Essen und Gelsenkirchen in Essen veranstalteten gesetzigen Abend wurde nach Ansprachen vom Oberbürgermeister von Wedelstädt-Gelsenkirchen, Professor Bamler, dem Vorsitzenden des Vereins für Luftfahrt im Industriegebiet, und Ernst A. Schröder folgender

Entschließung

begeistert zugestimmt: Die in Gelsenkirchen versammelten Oberbürgermeister, die Vertreter der Städte und Kommunen mit rund drei Millionen Einwohnern, die Vertreter von Handel und Industrie des Ruhrgebietes und der Luftsport und Verkehrsluftfahrt treiben Vereine und Gesellschaften bitten die Reichsregierung dringend, einer Beschränkung der Luftfahrt nicht zuzustimmen, sondern völlige Freiheit der Luftfahrt zu fordern, die geeignet ist, alle früher feindlichen Völker auf einen gemeinsamen Boden zu vereinigen.

Caillaux und die Schulden an Amerika.

Finanzminister Caillaux hat auf einem Bankett in Fresnoy-sur-Sarthe in seiner Eigenschaft als Generalrat eine Rede gehalten, in der er erklärte:

„Ich werde nicht müde werden, England und Amerika zu wiederholen: Wenn Frankreich seine Schulden bezahlen muß, so muß es Bezahlung erhalten, und kann auf keinen Fall seinen Alliierten mehr bezahlen, als seine Feinde an Frankreich abführen. Ich kann mir keinen Finanzminister vorstellen, der von seinem Lande verlangt, daß es höhere Zahlungen an seine Verbündeten leistet, als es von seinen früheren Feinden erhält.

Caillaux tadelt es dann, daß man dem Lande nicht die Wahrheit gesagt habe. Jetzt befinde man sich einer erdrückenden Lage gegenüber. Das Budget, das er vorlegen werde, belaufe sich auf ungefähr 36 Milliarden, und davon seien nicht weniger als 32½ Milliarden für den Schuldendienst bestimmt. Die Last des Krieges müsse abgebaut werden und dafür sehe er zwei Möglichkeiten: zunächst den Zinsfuß schrittweise und in vernünftigem Maße herabzusetzen und dann natürlich die Masse der 50 Milliarden Bonds der nationalen Verteidigung herabzumindern. Das sei das Ziel der gegenwärtig zur Zeichnung aufgelegten Anleihe.

— Bezeichnend ist, daß Caillaux, trotzdem Sicherheitspakt und Abrüstungsfrage jetzt die ganze Welt bewegen, kein Wort von Abrüstung sagt, obgleich sie doch die französischen Finanzen sofort gesunden würde. Man wird daher Painlevés große Rede mit größtem Mißtrauen aufnehmen müssen. Andererseits dürfte Caillaux nach den bisherigen Meldungen über die amerikanische Auffassung sehr wenig Aussicht haben, mit seinen Plänen, die französischen Zahlungen auf den Umfang der deutschen Zahlungen zu beschränken und also selbst eigentlich gar nichts zu zahlen, bei den Amerikanern durchzukommen.

Englische Kritik an Frankreichs Marokkopolitik.

Die „Westminster Gazette" schreibt: Es scheint wenig Zweifel zu bestehen, daß die Ereignisse in Marokko einer Krise zustreben. Französische und spanische Truppen würden zusammengezogen. Ein einheitlicher Befehl ist erzielt worden. Die französischen und die spanischen Kriegsschiffe sind bereit, zusammenzuwirken. Die diplomatischen Hintergründe des Feldzuges sind in Dunkel gehüllt, so daß niemand sagen kann, wie weit Abd el Krim bestreht war, Frieden zu schließen. Dies ist sicher zu bedauern, aber es ist schwierig, Sympathien mit denen zu haben, die beschlossen zu haben scheinen, daß die Rif-Bewohner nicht das Recht auf eine so volle Unabhängigkeit haben, wie sie gewährt werden könne.

*

Man sieht, wie die Engländer sofort die Gelegenheit benützen, sich in die französische Marokkopolitik einzumischen, sobald die militärische Lage nur einigermaßen ungünstig für Frankreich ist und also die Widerstände der französischen Linksparteien gegen diese Politik zu wachsen drohen. Bei dem Gewicht, daß gerade die „Westminster Gazette" in politischen Kreisen hat, kann man in den obigen Ausführungen geradezu eine Einleitung zu einem englischen Protest gegen Unterwerfung Abd el Krims vermuten.

Provinzial- und Kreistagswahlen erst am 22. November.

Im Gemeindeausschuß des preußischen Landtages wurde eine Bestimmung angenommen, wonach auch in den Provinzen und Kreisen, in denen die Vertretungen noch keine vier Jahre bestehen, neugewählt werden muß. Als Wahltag wurde der 22. November bestimmt, weil es fraglich sei, ob die Vorbereitungen nach dem neuen Wahlrecht bis zum 15. November getroffen werden könnten.

Der Fall Wirth erledigt?

Auf dem Parteitag des Bayerischen Zentrums in Offenburg hielt der Reichskanzler a. D. Dr. Wirth eine große Rede zur Rechtfertigung seines Austritts aus der Zentrumsfraktion. Trotzdem er seine Linksrichtung betonte, trat er im wesentlichen den Rückzug an. Andererseits kam ihm der Reichskanzler a. D. Marx entgegen, indem er erklärte, das Zentrum müsse sowohl mit rechts als auch mit links Politik machen. Einen Mann wie Wirth könne das Zentrum nicht entbehren, er müsse sein Ungestüm bändigen und in die Fraktion zurückkehren. Auch der Prälat Schofer erklärte, einen „Riß im Zntrumsturm" dürfe es nicht geben.

Zum Schluß reichten Marx, Schofer und Wirth sich freundschaftlich die Hand, und es wurde eine Entschließung angenommen, Dr. Wirth möge der Reichstagsfraktion wieder beitreten.

Da Wirth inzwischen seine Amerikareise angetreten hat, dürfte der Fall wohl beigelegt sein und Wirth dürfte nach Rückkehr auch in die Zentrumsfraktion zurückkehren.

Allerlei Sowjetrussisches.

Bekanntlich sind die Klassenkampfparteien die schärfsten Gegner aller indirekten Steuern. Im Klassenkampfparadies Sowjetrußland sollte man also nur direkte Steuern erwarten. Gerade das Umgekehrte ist der Fall: die indirekten Steuern sind die Hauptträger des Staatseinkommens.

Im Budget 1924/25 sind die Einkünfte aus indirekten Steuern auf 343,5 Millionen Goldrubel und die direkten Steuern auf 370,5 Mill. Goldrubel angesetzt. Im Budget 1925/26 ist der Betrag für indirekte Steuern auf 650 Millionen Goldrubel gewachsen.

*

Zu der jetzigen von Moskau befohlenen Politik der Verbrüderung der deutschen Kommunisten mit den Sozialdemokraten ist folgendes interessant:

Laut Mitteilungsblatt der russischen Sozialdemokratie hat die Sowjetregierung in der letzten Zeit erneut 700 Sozialdemokraten verbannt. Insgesamt sollen sich jetzt 80 000 Sozialisten in sibirischer Verbannung befinden.

Das wirkliche Amerika.

Vorstadtkino.

Wir kennen in Deutschland genug amerikanische Filme, teils gute, aber viele schlechte. Gott sei Dank ist die Konjunktur für diese Importware im Abflauen. Man hat wohl in Deutschland nachgerade genug von diesem ewig gleichen verrückten Tempo, von dieser süßlichen Sentimentalität und von dem oberflächlichen Sportheldentum.

Und doch haben wir in Deutschland im großen und ganzen nur die besten amerikanischen Filme gesehen. Der deutsche Kinobesucher kann sich gar keine Vorstellung davon machen, welchen Tiefstand die amerikanische Mittelware aufweist, wie sie in den Neuyorker Vorstadtkinos für zehn Cents einem anspruchslosen Publikum vorgeführt wird. Seit acht Tagen habe ich etwa ein halbes Dutzend dieser Vorstadtkinos von Neuyork besucht, und zwar in den verschiedensten Gegenden, von Harlem, dem Negerviertel, bis nach Port Richmond hinüber auf Staten Island. Niveauunterschiede gab es kaum. Zwar die Vorführungstechnik läßt nichts zu wünschen übrig, aber das Programm ist kitschig über alle Maßen. Es besteht meistens aus zwei bis drei Spielfilmen, einer Humoreske und einer Wochenschau. Das ganze Programm wird ohne eine Minute Unterbrechung hintereinander heruntergespielt. Meistens beginnt es mit den Tagesneuigkeiten. Schon da kann man allerlei Ueberraschungen erleben. Wenn bei uns eine schneidige Militärparade im Film beklatscht wird, so ist man leicht geneigt, das einem besonderen deutschen Hang zum Militarismus zuzuschreiben. Diese Ansicht möge man schleunigst berichtigen. Wenn hier in Neuyork im Film ein Parademarsch amerikanischer Kadetten, der Stapellauf eines Kriegsschiffes oder Manöverfliegen von Kampfflugzeugen vorgeführt wird und ganz besonders wenn Präsident Coolidge einmal auf der Leinwand erscheint, dann rast das Haus von Beifallsstürmen. Gegenüber diesem militärfreudigen und robust hurra-patriotischen Verhalten des amerikanischen Durchschnittspublikums sind in Deutschland Kundgebungen solcher Art selten und matt.

Wie anspruchslos ist doch das amerikanische Filmpublikum. Bezeichnend für den Durchschnitt amerikanischer Geistigkeit ist der Inhalt der meist ohne Attabschnitte durchgespielten Spielfilme. Sportliche Leistungen in Verbindung mit rührseligen, aber immer gut ausgehenden Liebesgeschichten stehen im Mittelpunkt. Kommt da in ein Kolleg ein neuer Zögling, ein echtes rechtes Muttersöhnchen. Von seinen Klassengenossen wird es überall gehänselt; es ist das Opfer von allerhand rohen Späßen. Ein Mädel aber faßt heimliche Sympathie für den unbeholfenen Jungen. Die Späße werden zu groß, der Junge will sich wehren und wird zum Boxkampf gefordert. Zur Ueberraschung aller bleibt er gegenüber dem Gewandtesten der Klasse Sieger. Das Mädchen bittet ihn, sie nach Hause zu begleiten, und eine Parkanlage im Abendlicht, durch welche die beiden Hand in Hand nach Hause gehen, ist der eindrucksvolle Schlußeffekt.

Das nächste Stück verschafft einem anfangs trottelhaft auftretenden Polizisten die Tochter seines Chefs, weil er die Entführer des Mädchens unschädlich macht, indem er vom Dach einer Straßenbahn in das Auto der Verbrecher springt und sie mit dem Revolver in der Hand zum Anhalten zwingt.

Auch durch Wetten, Glücksspiel und Los werden kritische Lagen, ohne eine für unsere deutschen Begriffe genügende Motivierung glücklich überwunden. Da rauben z. B. ein schwarzer und ein weißer Sklavenjäger gemeinsam die schöne Tochter eines Missionars. Sie verlieben sich alle beide in das Mädchen und machen sich seinen Besitz streitig. Das Mädchen selber soll entscheiden, will aber keinen von beiden. In drei Tagen wollen die Räuber die Würfel über den Besitz des Mädchens entscheiden lassen. Inzwischen kommt der Bräutigam der Geraubten im Lager der Sklavenhändler an. Wie die Räuber erfahren, daß er der Bräutigam der Gefangenen ist, lassen sie ihn mit gleichen Rechten am Würfelspiel teilnehmen (amerikanische Verbrecher sind wenigstens im Film immer Gentlemen). Unter Spannung geht das Spiel vor sich. Der Schwarze gewinnt, der Bräutigam zieht seinen Revolver, um auf den Schwarzen zu schießen. Er wird überwältigt und vom Schwarzen eingesperrt. Durch die Tür seines Gefängnisses gelingt es ihm, mittels eines zweiten Revolvers den Schwarzen doch noch zu erschießen. Das Publikum atmet erleichert auf und bricht in Beifallsstürme aus.

Man kann nur immer wieder den Kopf schütteln über dieses Amerika, das die höchsten Häuser, die meisten Autos, zugleich aber ein Publikum hat, bei dem die amerikanische Filmindustrie selbst mit den kitschigsten Produkten noch immer Absatz findet.

Edm. Kleinschmitt, Neuyork.

Gesinnt oder gesonnen?

In seinen Römischen Charakteren schreibt der klassische Philologe Birt S. 26: der Senat war immer noch altmodisch gesonnen. Auch Dr. v. Gagern „Unter gekrönten Häuptern" S. 40, läßt eine königliche Hoheit gnädig gesonnen sein. Beiden Zeugnissen für die falsche Form ist als drittes das von Avenarius (Kunstwart 1904 S. 617 hinzuzufügen, der von monarchisch Gesonnenen sprach, gar nicht zu reden von Gaudys spartanisch gesonnenen Schülern und alliiert gesonnenen Alumnen (W. 5, II f., S. 131 Exzellenz sind gnädig gesonnen), denen in demselben Werke (S. 95) ein dem Hause treu gesinnter gegenübersteht.

Die richtige Belehrung bietet Burte, Wiltfeber S. 72 mit dem Ausspruch: Also habe ich gesonnen, und derart bin ich gesinnt. Gesinnt bezieht sich auf die Gesinnung, Stimmung oder Denkweise; bei Luther finden wir: fleischlich, christlich, irdisch gesinnt. Es gehört nicht als Mittelwort zu sinnen, wovon „ich bin gesonnen" eine Absicht ausdrückt, sondern zu dem Hauptwort Sinn wie gewillt zu Wille, gestiefelt zu Stiefel, gelaunt zu Laune, geartet zu Art, gestiefelt und gespornt zu Stiefel und Sporn u. a. m.

Goethe gebraucht gesinnt auch in der Bedeutung seinen Sinn worauf gerichtet haben, entschlossen (etwas zu tun), z. B. im Wilh. Meister 4, 9 er sei nicht gesinnt, ihm nachzugeben. Dafür trat schon bei Schiller gesonnen ein, im Don Carlos 3. 10 sagte der König: Ich bin nicht gesonnen, in meiner Diener Schuld zu stehen; Fiesko hat (4, 13) einen Strick gedreht, womit er den Dieb der Republik aufzuhängen gesonnen ist.

Dieser jetzt allgemein gewordene Gebrauch des Mittelworts gesonnen ist aber auf den Begriff der Absicht, des Willens zu beschränken und nicht auch noch auf die Gesinnung und Denkweise auszudehnen. Man kann nur gut oder wohl, friedlich, freundlich, feierlich, schlecht oder böse gesinnt sein, ebenso katholisch, liberal, radikal usw.

Vielleicht hat zum Uebergreifen des Mittelworts gesonnen in das Gebiet des vom Hauptwort Sinn abgeleiteten gesinnt auch das zum Eigenschaftswort gewordene Mittelwort besonnen beigetragen, das die noch im 18. Jahrhundert gebräuchliche schwache Form besinnt völlig verdrängte. Nur in süddeutscher Mundart findet sich noch unbesinnt: solch unbesinnt Schwätzen, ein unbesinntes Stückel bei Anzengruber, Sternsteinhof (1, 42. 48) neben und besonnen (Anzengruber 4, 53).

Höhlenwunder in den Dolomiten.

Der deutsche Höhlengeologe Professor Reichenberg hat in einem Werke die Behauptung aufgestellt, daß sich in den Südtiroler Dolomiten gewaltige Höhlenräume befinden müßten. Diese Voraussage hat eine glänzende Bestätigung gefunden, da eine Anzahl naturbegeisterter Bergfreunde unter Führung von Andreas Felizetti jetzt von zwei Stellen aus ein unterirdisches Höhlensystem von großartigster Gestaltung entdeckt haben, das in einer durchschnittlichen Tiefe von 250 bis 400 Meter in südnördlicher Richtung quer durch den Unterbau des Dolomitenstockes verfolgen läßt. Unter Ueberwindung großer Schwierigkeiten wurden fast sechs Kilometer unterirdisch zurückgelegt. Dann mußten die unerschrockenen Pioniere vorläufig halt machen, obwohl die Entdeckung noch lange nicht beendigt sein dürfte. Gleichwohl ist schon das bisher Entdeckte von erheblicher Bedeutung für die Wissenschaft. Abgesehen von zwei Domen von riesigen Ausmaßen, die durch groteske Formenbildung die Abelsberger Grotte an Bedeutung übertreffen, sah die Expedition einen unterirdischen See von etwa 160 Metern Durchmesser und bisher unergründeter Tiefe, der von seltsamen, langgeschwänzten, rosafarbigen, augenlosen Lurchtieren belebt ist und ein stark phosphorzierendes Licht aufweist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250909016/fragment/page=0002